

**Barry Buzan,
Ana Gonzalez-Pelaez:**

„International community’ after Iraq

International Affairs, Jg. 81, Nr. 1 (Jänner 2005), S. 31–52

Der Ausdruck „international community“ (auf Deutsch meist mit Staatengemeinschaft übersetzt) hat sich mittlerweile in der politischen und auch in der politikwissenschaftlichen Sprache festgefahren, ohne jedoch zu präzisieren, was darunter zu verstehen ist. Auch wird vielerorts behauptet, eben diese Gemeinschaft habe unter dem Entschluss der Vereinigten Staaten, den Irak zu besetzen, gelitten. Für Barry Buzan und Ana Gonzalez-Pelaez ist das Grund genug, erstens den Begriff der „Internationalen Gemeinschaft“ an sich zu untersuchen und zweitens zu hinterfragen, worin nun der Schaden bestehe, den diese nach 2003 erlitten haben soll.

Nach der Theorietradition der „Englischen Schule“ stellt die „international community“, oder Staatengemeinschaft einen Aggregatzustand der Staatenwelt dar, neben dem noch das Staatensystem und die Staatengesellschaft anzuführen wären.

Das Staatensystem ist jener Bestand an durchorganisierten Herrschaftsräumen, zwischen denen es zu andauernden, regelmäßigen und strukturierten Interaktionen kommt, deren Form hauptsächlich durch unterschiedliche Machtpotenziale sowie quasi-mechanistischen Interessensabtausch und Interessensdurchsetzung bestimmt wird.

In der Staatengesellschaft etabliert sich ein Set von Regeln, Normen und Institutionen, die die Koexistenz der Staaten erleichtern sollen und eine gewisse Ordnung zwischen den Akteuren festsetzen. Diese beziehen sich vor allem auf die Modi der Interaktion zwischen den Staaten, bilden also einen Grundkonsens über die zu pflegenden Umgangsformen.

Die Staatengemeinschaft ist der engste Begriff. Um von einer solchen sprechen zu können, braucht es eine gemeinsame Identität, ein „Wir-Gefühl“ der Staaten, und ein über die bloße Reglementierung der Interaktion hinausgehender Bestand an gegenseitigen Rechten und

Pflichten. Diese entspringen oft gemeinsamer Kultur, Geschichte, Religion oder der Ähnlichkeit der Staats- und Gesellschaftsordnungen. Die Verbundenheit besteht nicht nur auf der staatspolitischen Ebene, sondern setzt sich auf der Ebene zivilgesellschaftlicher Kontakte fort.

Die zeitgenössische Staatenwelt ist mit Masse eine Staatengesellschaft. Staatengemeinschaften sind per se keine universellen Gebilde, da sie sich auf vertiefte, historisch-kulturell begründete – und somit irrationale – Identitäten innerhalb einer größeren Gesellschaft abstützen, und diese Vertiefung bedingt die „out-group“ als Referenzgröße zur eigenen Identität.

Als Staatengemeinschaft innerhalb des mittlerweile globalen Staatensystems und der fast universellen Staatengesellschaft westfälischer Prägung kann man nur den Westen, also die atlantische Gemeinschaft und eventuell die islamische „Umah“ bezeichnen.

Hat, beziehungsweise inwiefern hat nun der dritte Irakkrieg dieser atlantischen Staatengemeinschaft geschadet? Diese Frage soll durch Bewertung der Funktionsfähigkeit und der Interessenskonvergenz westlicher Staaten in den vier maßgeblichen westlichen internationalen Organisationen, der Welthandelsorganisation (WTO), der Nordatlantischen Vertragsorganisation (NATO), der Europäischen Union (EU) und den Vereinten Nationen (UN), sowie der in den jeweiligen Ländern vorherrschenden öffentlichen Meinung beantwortet werden. WTO und UNO erstrecken ihren Geltungsbereich zwar über den Westen hinaus, wurden jedoch von diesem ins Leben gerufen, sind von westlichen Interessen dominiert und bilden entscheidende Bausteine westlicher Politikkonzeption.

In der WTO war der transatlantische Spalt nicht zu bemerken, im Gegenteil, die amerikanisch-europäische Kooperation wurde vor der Konferenz von Cancun noch verstärkt. Beide Seiten wollten ihre Agrarmärkte nicht öffnen und finden sich somit auf derselben Seite jener Konfliktlinie, deren Unüberwindbarkeit die Konferenz zum Scheitern brachte.

Die NATO wurde durch die Krise mitten im Prozess der Erweiterung getroffen. Allerdings stellen Krisen und Meinungsverschiedenheiten nach dem Kalten Krieg eher die Regel als die Ausnahme der Bündnisbeziehungen dar

– man denke an Ex-Jugoslawien, das Kosovo, Desert-Fox oder den Nahostkonflikt. Da die USA nach dem 11. September 2001 auf eine Koordination des Antiterrorkrieges im NATO-Rahmen verzichteten und die derzeitige Mission in Afghanistan zu schwach für substanzielle Lageverbesserungen ist, hat die NATO durch die Irakkrise vermutlich am meisten gelitten. Schließlich konnte man sich auch nicht auf einen eventuellen Schutz der Türkei oder auf eine produktive Nachkriegsrolle im Irak einigen.

Auch in der Europäischen Union fiel die Irakkrise mit Schwierigkeiten der Erweiterung, der Institutionenreform durch den Verfassungsvertrag und der Erosion des Stabilitätspaktes zusammen. Die Spaltung Europas in der Irakfrage hat die asymmetrische Machtbeziehung zwischen den atlantischen Hälften verdeutlicht. Die USA besitzen Gewicht in Europa, aber umgekehrt ist das kaum der Fall. Trotzdem hat die Union während dieser Zeit ihre ersten militärischen Missionen übernommen. Auch besteht unter den Europäern ein gewisser Konsens über die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen, zumindest würde eine versuchte Abkehr von den Vereinigten Staaten Europa dauerhaft spalten und somit nur der Union selbst schaden.

Die Vereinten Nationen spielten in der amerikanischen Irakpolitik seit 1990 eine große Rolle. Die Bemühungen vor allem Großbritanniens, für den Einmarsch ein erneutes Mandat zu erlangen, zeigen die Bedeutung, die man der Legitimitätsfunktion der UN gibt. Die Etablierung Frankreichs und Deutschlands als Führer der Kriegsgegner im Sicherheitsrat und Washingtons Töne, seine Interessen im Regelfall unilateral durchzusetzen, hat freilich zu einer schweren Verstimmung geführt.

Die negative Erfahrung der USA, nach einem überwältigenden Sieg die interne Sicherheitslage im Irak nur mit äußerster Mühe und hohen Verlusten unter Kontrolle bringen zu können, hat die herablassende Haltung der Bush-Administration gegenüber der UN in eine weit positivere verändert. So sucht die gegenwärtige Administration die UNO wie auch die westlichen Verbündeten stärker in ihre Irakpolitik einzubinden. Ebenso sind sich die übrigen Staaten der Folgen eines gescheiterten und kollabierten Iraks bewusst. Somit ist trotz bestehender Differenzen mit einer gewissen Normalisierung der Beziehungen zu rechnen.

Die Differenzen auf politischer Ebene sind verglichen mit jenen, die sich aus den unterschiedlichen Wahrnehmungsbildern der zivilen Öffentlichkeiten ergeben, als gering zu bewerten. Vor allem in Europa verfestigt sich neben der generellen Ablehnung des Irakkrieges das Bild, die Vereinigten Staaten würden die Staatenwelt destabilisieren. Die innenpolitischen Schwierigkeiten und Legitimationskrisen der italienischen, britischen und der ehemaligen spanischen Regierung sind ein sichtbares Indiz dieser Ablehnung. Allerdings dürfen auch die beiderseits des Atlantiks nach wie vor gemeinsamen Werte – Demokratie, Menschenrechte und liberale Gesellschaftsordnung – nicht vergessen werden. Europäer und Amerikaner teilen auch ein ähnliches Bedrohungsbild hinsichtlich Terrorismus und Nonproliferation. Nur die Vorgehensweisen – insbesondere im Hinblick auf die Anwendung von Gewalt – hält man wechselseitig für unproduktiv.

Somit ist es für Buzan und Gonzalez-Pelaez noch zu früh, um von einem Bruch oder einem langfristigen Schaden, aber auch zu früh, um von Harmonie in der westlichen Staatengemeinschaft zu sprechen. Deren Zukunft wird von der weiteren Politik beiderseits des Atlantiks abhängen. Die Wege in beide Richtungen – Desintegration oder Reharmonisierung – sind offen.

Die besondere Qualität dieses Artikels liegt in der Auseinandersetzung mit dem im öffentlichen Diskurs missbrauchten und so zu falschen Erwartungshaltungen führenden Begriff der Staatengemeinschaft (international community). Die Auseinandersetzung mit dem aktuellen Zustand der westlichen Staatengemeinschaft ist anerkennenswert, aber würde man alle Publikationen, die sich mit der amerikanisch-französischen Disharmonie auseinandersetzen, in den Atlantik werfen, könnte man die „Trennung“ des alten und neuen Kontinents vielleicht sogar physisch überwinden.

Gustav Gressel